

Offener Brief an die Gewerkschaften vom Zukunftsforum

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
...Seit Monaten demonstrieren auch die Bauern, die Handwerker und Gewerbetreibenden, streiken Ärzte, Lokführer, Busfahrer, Handelsbeschäftigte, Flughafenpersonal. Statt uns weiterhin (z.B. mit Tarifiergebnissen, die unter der Inflationsrate liegen) in den asozialen und lebensgefährlichen „Ganz-Große-Koalitions-Kurs“ einbinden zu lassen, müssen endlich auch wir uns an den Bewegungen sichtbar beteiligen. Wir, die Gewerkschaften, können und müssen wieder der Kern der Friedensbewegung und eine solidarische starke demokratiesichernde Kraft werden. Als Gewerkschaften müssen wir die Proteste gegen den Sozialabbau initiieren und führen, denn es sind unsere Mitglieder, die unter den Kürzungen der öffentlichen Daseinsvorsorge leiden. Auch unsere Kolleginnen und Kollegen sagen „genug ist genug“!
Wir müssen NEIN sagen zu jeglichen Sozialkürzungen und Verschlechterungen. Wir brauchen Milliardeninvestitionen in Bildung, Gesundheit, Klima und Soziales sowie eine Rekommunalisierung von Krankenhäusern, ÖPNV, Wohnungsbaugesellschaften... Wir brauchen eine andere Besteuerung, eine Erhöhung der Steuern auf Gewinne und Vermögen. Wir müssen uns klar gegen Kriege und Aufrüstung positionieren.
Denn: Waffen schaffen keinen Frieden – Kriege sind keine Lösung.
Kompletter Text: <https://vernetzung.org/category/stuttgart/>

Einladung zur Veranstaltung

Bereiten wir gemeinsam die Tarifrunde der Metall-/Elektro-Industrie im Herbst 2024 vor

Die Rahmenbedingungen der diesjährigen Tarifrunden sind geprägt durch eine immer noch hohe Inflation für die arbeitende Bevölkerung sowie durch hohe Profite für's Kapital. Die Verteilungskämpfe haben sich weiter verschärft.

Wie ist angesichts dieser Rahmenbedingungen die Tarifrunde zu führen?

Was muss bei der Forderungsaufstellung beachtet werden?

Wie schaffen wir es, die Laufzeit als ein zentrales Problem zu erkennen?

Wie stärken wir die innergewerkschaftliche Demokratie und Beteiligung der Mitglieder?

Wir laden alle betroffenen und interessierten Kolleginnen und Kollegen zu einer Veranstaltung mit Diskussion ein:

Wann? Sonntag, 17. März um 15 Uhr

Wo? Bad Cannstatt, Marktstraße 61 A in den Räumen von DidF (kleine Seitengasse!)

Veranstalter: Zukunftsforum, Metallertreff, DidF

Wer wir sind und was wir wollen

Wir sind KollegInnen aus Metallbetrieben aus der Region Stuttgart. Wir sind gegen Verzichtspolitik, Co-Management und Standortdenken. Wir wollen eine kämpferische solidarische Gewerkschaftspolitik und eine konsequente Interessensvertretung der Kolleginnen und Kollegen. Wenn ihr Interesse an einer Mitarbeit im Metallertreff habt, nehmt mit uns Kontakt auf. Wir treffen uns ca. einmal im Monat.

Nächster Metallertreff: Dienstag, 9. April 2024 um 18 Uhr

in Bad Cannstatt, Marktstraße 61 A in den Räumen von DidF

Kontakt: metallertreff@yahoo.de

Termine / Infos über uns unter: <https://vernetzung.org/category/stuttgart/>



Zukunftsforum Stuttgarter
Gewerkschaften
Metallertreff



Tarifrunde Metall-/Elektro-Industrie: Forderungen jetzt diskutieren

Die Tarifabschlüsse der letzten Jahre waren eher bescheiden. Sie können die hohe Inflation nicht ausgleichen. Seit Jahren gibt es Reallohnverluste. Die Gewerkschaftsführungen haben die Absprachen der Konzentrierten Aktion im Sommer 2022 und die dort vereinbarte Inflationsausgleichsprämie genutzt, um mit dem „süßen Gift“ Reallohnsenkungen zu verschleiern. Mit dem „süßen Gift“ kann Augenwischerei betrieben werden, denn es besticht dadurch, dass es auf einen Schlag eine größere Summe netto auf's Konto gibt – Geld, das dringend gebraucht wird. Aber dieses „süße Gift“ ist nicht tabellenwirksam und fließt auch nicht in die Berechnung von Elterngeld, Krankengeld oder Rente ein. Es dient nur dem Zweck, die Reallöhne nach unten zu drücken und nachhaltige Tabellenerhöhungen zu verhindern. Ein faules Ei, das sich die Gewerkschaften ins Nest legen ließen ohne irgendeine Diskussion in der Mitgliedschaft, welche Auswirkungen das hat und ob es sinnvoll ist. Die Folge war, dass das Jahr 2022 für den höchsten Reallohnverlust der Tarifbeschäftigten in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland steht, so eine Auswertung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI). Auch 2023 waren die Verluste hoch.



Die Rahmenbedingungen der diesjährigen Tarifrunden sind geprägt durch eine immer noch hohe Inflation für die arbeitende Bevölkerung, insbesondere bei Nahrungsmitteln und Energie, sowie durch hohe Profite für's Kapital. Dazu kommt die krisenverschärfende und kriegstreiberische Politik von Regierung und Kapital. Die Gewerkschaftsführungen treten in ihrer Mehrheit nicht gegen die Regierungspolitik auf und führen keinen konsequenten Kampf für die Interessen der abhängig Beschäftigten, gegen Lohnsenkung, gegen Sozialkassenschlag, gegen Aufrüstung und Kriegstreiberei.

Angesichts der Kaufkraftverluste in den vergangenen Jahren sind die Kämpfe in 2024 entscheidend, ob wir den Trend der sinkenden Reallöhne brechen können.

Wir wollen rechtzeitig die Tarifrunde für die Metall- und Elektroindustrie vorbereiten, die mit Abstand größte Branche mit bundesweit ca. 3,9 Millionen Beschäftigten. Die IG Metall will die Diskussion über Tarifforderungen schon im Frühjahr starten. Geplant ist eine Befragung der Beschäftigten. Bis Anfang Juli wollen die Tarifkommissionen und der Vorstand der IG Metall die Forderungen beschließen. Die Tarifverhandlungen starten Mitte September. Die Friedenspflicht endet am 28. Oktober.

Welche Forderungen sind notwendig?

Die Kolleginnen und Kollegen benötigen hohe tabellenwirksame Entgeltsteigerungen, am besten als Festgeldbeträge. So kämpfen z.B. die Lokführer der GDL für 555 € mehr pro Monat. Im Bauhauptgewerbe wurde von der Bundestarifkommission der IG BAU einstimmig eine Forderung von 500 € beschlossen. Ihr ist wichtig, dass vor allem die unteren Lohngruppen deutlich mehr bekommen. Deshalb fordert sie bewusst einen Festbetrag. Für die unteren Lohngruppen entspräche das einer Steigerung um 21 %. Dort sind auch die Kaufkraftverluste am höchsten. Die Gewerkschaft ver.di fordert bei der Lufthansa 12,5 % mehr Gehalt, mindestens aber 500 € mehr pro Monat. Alle Forderungen beziehen sich auf eine Laufzeit von 12 Monaten. In diesen Größenordnungen müsste sich auch die Forderung für die Metall-/Elektroindustrie mindestens bewegen.

Rückblick auf die vergangenen Jahre

Nach der Erhöhung im April 2018 von 4,3 % gab es die nächste tabellenwirksame Erhöhung erst über 5 Jahre später im Juni 2023 von 5,2 % und im Mai 2024 wird es nochmals 3,3 % geben. Angesichts einer Inflation seit 2018 von knapp 24 % (siehe Kasten) und tabellenwirksamen Erhöhungen von nur 12,8 %, also nur ca. halb so viel wie die Inflation, braucht es dieses Jahr eine kräftige Erhöhung. Zu Bedenken ist auch noch, dass dies die offiziellen Inflationsraten sind. Viele KollegInnen hatten und haben mit

Inflation 2018-2024/Prozent

2018	1,9
2019	1,4
2020	0,5
2021	3,1
2022	7,9
2023	5,9
2024 Prognose Jan.	2,9
Gesamt	23,6

höheren Kaufkraftverlusten zu kämpfen, weil sich ihr Warenkorb anders zusammensetzt. Wird z.B. ein höherer Anteil für Lebensmittel und Energie ausgegeben, ist der Verlust noch höher, denn dort war die Inflation am höchsten. Bei diesen Betrachtungen ist noch nicht mit eingeflossen, dass es eigentlich auch einen Ausgleich für höhere Produktivität geben müsste und wir immer auch für eine Umverteilungskomponente gekämpft haben.

30-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich!

Wichtig ist auch das Thema Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich! Denn in der Branche steht ein massiver

Personalabbau bevor! Grund: Die sogenannte „Transformation“ und Digitalisierung. So z.B. bei Porsche, wo der Vorstand die Verträge von mindestens 600 Befristeten nicht verlängert, bei Bosch, wo die Geschäftsführung allein in der Region Stuttgart ca. 3.000 Arbeitsplätze abbauen will, oder auch bei ZF, wo in den kommenden Jahren mindestens 12.000, vielleicht sogar bis zu 18.000 Stellen gekürzt werden.

Der **Stahlabschluss** darf kein Vorbild für Arbeitszeitverkürzungen sein. Er beinhaltet weder flächendeckende kürzere Arbeitszeiten, noch vollen Lohnausgleich. So werden bei kollektiven Arbeitszeitabsenkungen auf 32 Stunden nur 33 bezahlt, eine Lohnkürzung um 5,7%! Zwei Stunden müssen die KollegInnen also aus der eigenen Tasche bezahlen. Auch verhindert der Tarifabschluss weder Personalabbau, noch trägt er sonst zur Entlastung der Arbeitenden bei. Eine 30-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich ist die richtige Forderung, um den angekündigten Personalabbau zu verhindern. Vor 40 Jahren haben die MetallerrInnen einen 6 wöchigen Arbeitskampf um die 35-Stundenwoche geführt und Verkürzungen durchgesetzt. An diesem Kampf von damals müssen wir anknüpfen.



Gegen die rechte Welle und für eine solidarische Gesellschaft!

Noch ist es nicht die AfD, die Gesetze macht. Es ist auch nicht die AfD, die gerade Milliarden in die Rüstung steckt, mit verheerenden Folgen für die öffentliche Daseinsfürsorge. Die regierenden Parteien sind dafür verantwortlich. Sie versuchen der aufgewühlten gesellschaftlichen Stimmung zu begegnen und setzen dabei auf rechte Antworten. Wir vertrauen nicht auf die vermeintlichen Brandmauern der Parteien.

In den vergangenen Jahren haben sich Regierungs- und Oppositionsparteien nicht nur von der rechten Stimmung treiben lassen, sondern haben selbst mit rechter und neoliberaler Politik auf gesellschaftliche Krisen reagiert: Härtere Asyl- und Abschiebengesetze, eine Migrationspolitik, die sich an der ökonomischen Verwertbarkeit von Menschen orientiert, sowie stetige Angriffe auf den Sozialstaat.

Bildung, Bahn und Mietwohnungen – überall kürzt die Ampelregierung. Bei Rentnern wird gestrichen, bei der Gesundheit, der Jugendhilfe, in Kitas, bei der Unterstützung für die Bauern. Der vor kurzem verabschiedete Haushalt der Ampelregierung kürzt bei allem, was uns betrifft, nur beim Militär buttert er Milliarden mehr rein. Fast jeden fünften Euro vom Haushalt – rund 90 Milliarden. Mehr als je zuvor seit 1945.

Während viele Menschen nicht mehr wissen, wie sie über die Runden kommen sollen, steigt die Zahl an Multimilliardären in Deutschland stetig. Wenn so offensichtlich Sparmaßnahmen gegen diejenigen gerichtet sind, die sowieso wenig haben, schlägt die Stunde der rechten Hetzer: Sie treiben mit billigen Propaganda-Tricks die rechte Welle weiter an, in dem sie nach unten treten und ein Konkurrenzdenken zwischen Menschen befeuern.

Der Charakter der AfD zeigt sich u.a. in ihrem Abstimmungsverhalten im Bundestag: Zugestimmt haben sie bei Anträgen zur Abschaffung des Arbeitslosengeld I, bei der Erhöhung des Rentenalters und für Steuerentlastung für Besserverdienende. Abgelehnt haben sie: die Grundrente für 1,3 Mio. RentnerInnen, eine Aufstockung für Kita-Ausbau und Ganztagesbetreuung, die Mütterrente, 5 Mrd. für den sozialen Wohnungsbau, eine

Mindestvergütung für Azubis, Entlastung für Geringverdiener usw.

Die AfD will darüber hinaus die Organisationsmacht der Beschäftigten schwächen. Im Bundestag lehnt sie alle Initiativen ab, mit denen die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen erleichtert werden könnte. Die AfD will die Gewerkschaften aus den Betrieben drängen, was zur Folge hätte, dass es keine starken Arbeitnehmervertretungen und keine flächendeckenden tarifvertraglichen Standards mehr gäbe.

Lasst uns gemeinsam die Rechte Welle brechen!

<https://rechtewellebrechen.org/>

<https://stuttgart-gegen-rechts.de/>

<https://www.dgb.de/themen/+co++2ea31976-baa8-11ee-bea4-001a4a160123>

